

Für eine sozialdemokratische Politik Verantwortung übernehmen

Positionspapier zu Regierungsbeteiligung, verabschiedet an der DV der JUSO Schweiz vom 5.11.2011

Verfasst von Dario Schai, Fabian Molina, Jonas Zürcher

Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist klar: Als sozialdemokratische Partei muss die SP Schweiz für den demokratischen Sozialismus und für die Überwindung des Kapitalismus auch innerhalb des kapitalistischen Systems und innerhalb des kapitalistischen Staates kämpfen. Im Wissen, dass der Kapitalismus nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Gesellschaftssystem ist, wollen wir die Machtverhältnisse auf allen Stufen zu unseren Gunsten und zu Gunsten einer freien und demokratischen Ordnung verändern. Durch gesellschaftliches Bewusstsein, durch Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften und durch die Eroberung von politischer Macht innerhalb des Staates. Insbesondere durch die Übernahme von Verantwortung in den demokratischen Institutionen. Dies im Bewusstsein, dass der kapitalistische Staat immer auch ein Abbild der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der ungerechten Verteilung des Kapitals und der Ressourcen ist.

In der Schweiz wird Politik heute vor allem für Banken, Grosskonzerne und Superreiche gemacht. Die Finanzindustrie wird nicht reguliert, sie macht weiterhin enorme Gewinne, während Verluste von der Gesellschaft getragen werden müssen. Die soziale Verantwortung für die risikoreichen Spekulationsgeschäfte wird aus Profitlogik einfach abgeschoben. Zwischen den Kantonen herrscht ein ruinöser Steuerwettbewerb, der zu immer weiter sinkenden Steuern für Unternehmen und Superreiche führt, und das in Zeiten, in denen die Staatsschulden sich auf türmen. Der „freie Markt“ hat uns soweit gebracht, dass unsere Demokratie von Kapitalinteressen unterwandert wird, der Sozialstaat zurückgedrängt wird und die Ungleichverteilung des Reichtums ungekannte Ausmasse annimmt. Der Bundesrat als Exekutive der Schweiz hat diese Entwicklung stets unterstützt und teilweise bewusst forciert.

Vor diesem Hintergrund muss sich die SP die Frage stellen, ob eine Beteiligung an einer solchen bürgerlichen Regierung noch zielführend und verantwortbar ist. Entscheidendes Kriterium hierfür muss zu jeder Zeit die Frage sein, ob die SP ihre Interessen klar vertreten und ihre Ziele umsetzen kann, oder ob sie der bürgerlichen Regierung nur zusätzliche Legitimation verleiht, die das sozialdemokratische Projekt gleichzeitig nicht voran bringt, oder gar schwächt.

Bereits mit ihrem Eintritt in den Bundesrat 1943 stand die SP vor dieser Frage. Vor dem Hintergrund der faschistischen Bedrohung erklärte sich die SP in den 30er Jahren zu einer engeren Zusammenarbeit mit den gemässigten bürgerlichen Kräften bereit und bekannte sich 1935 zur bewaffneten Landesverteidigung. Nach dem die SP bei den eidgenössischen Wahlen 1943 stärkste Kraft wurde, war ihr Anspruch auf einen Sitz im Bundesrat bis weit ins bürgerliche Lager nicht mehr zu leugnen. Ernst Nobs wurde erster sozialdemokratischer Bundesrat. Bereits 1953 trat die SP allerdings mit Max Weber nach der gescheiterten Bundesfinanzreform wieder aus dem Bundesrat aus. Die SP ging in die Opposition. Nach dem Rücktritt von gleich vier Bundesräten im Jahr 1959 einigte sich die SP mit den drei bürgerlichen Bundesratsparteien auf die Zauberformel, die der SP zwei Sitze sicherte. Seither ist die SP ständig mit zwei Mitgliedern im Bundesrat vertreten. In ihrer Zeit im Bundesrat konnte die SP zahlreiche Erfolge verbuchen. Etwa die Einführung der AHV und des Frauenstimmrechts, die Stärkung der Sozialwerke und die Einführung der Mutterschaftsversicherung. Neben diesen und weiteren augenfälligen Errungenschaften seit dem Entscheid für die Regierungsbeteiligung, war es der SP möglich, die SP-Departemente mit Mitarbeitern der SP zu besetzen, welche im Hintergrund die Arbeit der Bundesrätinnen und Bundesräten nach sozialdemokratischen Idealen vorbereiteten konnten.

Für die JUSO ist deshalb klar: Eine Regierungsbeteiligung der SP – und ein Bundesratsbeteiligung im Speziellen – kann ein sinnvolles und zielführendes Mittel zum Zweck der Erfüllung sozialdemokratischer Politik sein. In der aktuellen politischen Lage wäre eine Preisgabe der politischen Macht im Bundesrat leichtsinnig und unverantwortlich. Insbesondere, um einen Angriff der neoliberalen IdeologInnen der politischen „Mitte“ auf soziale Errungenschaften abzuwehren, braucht es eine starke SP.

Die JUSO fordert deshalb:

- Die SP darf sich aber nicht um jeden Preis an der Regierung beteiligen. Ein Minimalkonsens der beteiligten Parteien muss die Grundlage für eine gemeinsame Regierung sein. Dieser muss eine Gesellschaft der Demokratie und Gleichberechtigung und Rechtsgleichheit beinhalten. Die SP muss für den Fall, dass keine solche Grundlage zustande kommen sollte oder diese massiv verletzt wird, immer auch eine Strategie für eine Politik ohne Regierungsbeteiligung bereithalten.
- Die SP verbleibt nur solange im Bundestat, wie sie auch innerhalb des Gremiums reale Veränderungen im sozialdemokratischen Sinne bewirken kann.
- Ein Verbleib der SP im Bundesrat darf nicht zu inhaltlichen Konzessionen in ihrem Programm führen. Das Nein der SP zur Armee am Lausanner Parteitag und alle weiteren Beschlüsse dürfen nicht durch Kompromisse geschwächt werden, die in einem Gegensatz zu unseren Positionen und Werten stehen.
- Die Übernahme von Verantwortung im Bundesrat bürdet den SP-BundesrätInnen, Regierungsrätinnen und lokalen ExekutivpolitikerInnen auch Verantwortung für eine bürgerliche Politik auf, nicht aber der Partei.
- Die SP-BundesrätInnen stehen in intensivem Kontakt zur Basis. Sie verantworten sich an jedem Parteitag für ihre Arbeit im Bundesrat und werden von den Delegierten in einer Vertrauensabstimmung in ihrem Amt bestätigt.
- Die SP muss proportional zu ihrer Stärke im Parlament in der Regierung vertreten sein.
- Die Regierungsmitglieder müssen den Kampf der SP teilen und sich ihrer Rolle als Vertreterin in einer bürgerlichen Regierung voll bewusst sein.
- Über die Regierungsbeteiligung muss innerhalb der SP eine ständige Diskussion geführt werden. Die Frage kann nie abschliessend beantwortet werden und muss daher offen und demokratisch zur Disposition stehen.